

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 40 Hgr. Restanten 1.50 M. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 8.

Donnerstag, den 11. März 1920.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 8.40 vierteljährlich, Postzugpreis M. 8.10 ohne Bestellgeld.

„Nadaupatriotismus“.

Verschiedene Vorkommnisse in der letzten Zeit haben die Reichsregierung zu einem, von uns in der gestrigen Nummer zum Abdruck gebrachten Aufruf veranlaßt, in dem sie sich mit scharfen Worten gegen einen „Nadaupatriotismus“ wendet, „der auf Kosten des gesamten Volkes sein häßliches und gefährliches Spiel treibt“. Den unmittelbaren Anlaß zu dem Aufruf bildeten wohl die Zusammenstöße mit Mitgliedern der fremden Militärmission in Bremen und im Hotel Adlon in Berlin. Beide Vorfälle sind von uns kurz gemeldet worden. Beide Male kam es zu Tätlichkeiten, bei denen naturgemäß die Ausländer den Kürzeren zogen. Es ist schwierig, auf Grund von vielleicht einseitig gefärbten oder lädenhaften Berichten zu einem gerechten Urteil zu gelangen. Mit Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß das Verhalten der fremden Offiziere nicht einwandfrei war. Befürcht wird diese Annahme durch die Tatsache, daß es sich regelmäßig bei all diesen Zwischenfällen um Franzosen handelte. Dies wird wohl kein zufälliges Zusammentreffen sein. Der aufgeblasene Hochmut, die beleidigende Siegesgeizigkeit, der herausfordernde Dünkel, mit dem gerade die französischen Offiziere unter den Mitgliedern der Militärmissionen auftreten, lassen nur zu wohl die gereizte Stimmung nachempfinden, die ihnen gegenüber in der deutschen Öffentlichkeit herrscht. Wenn man die Vorkommnisse nur von der Gesichtspunkte betrachtet, so lassen sie sich allerdings verstehen und vielleicht entschuldigen. Eine andere Frage ist es jedoch, ob es klug ist, hier das Gefühl allein walten zu lassen. Die Folgen der erwähnten Ausschreitungen sind politischer Natur, und in der Politik darf niemals das Gefühl entscheiden. Mit Recht weist der Aufruf der Reichsregierung darauf hin, daß „wörtliche und tätliche Angriffe“ auf Mitglieder der fremden Missionen „zur schwersten Schädigung des Vaterlandes führen“ können. Dieser Tragweite ihrer Handlungsweise waren die meisten der Beteiligten an den genannten Vorfällen offenbar nicht bewußt. Auf jeden Fall haben sie nicht politisch, nicht klug gehandelt. Betrachten wir uns indessen den einen der beiden Fälle etwas näher. Er ist insofern von tieferer Bedeutung, als ein Hohenzollernprinz daran beteiligt war. Eine Berliner Lokalkorrespondenz teilte Einzelheiten über die Schlägerei im Hotel Adlon mit; darin heißt es:

„Der Zwist entstand, ohne daß ein Wortwechsel vorausgegangen war, etwa gegen 11 Uhr abend. Fast allabendlich wird im Hotel Adlon von der Kapelle das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt. Nach der Aussage der Hoteldirektion sind beim Spiel des Liedes die deutschen Gäste in der Regel aufgestanden, während die Ausländer (Amerikaner, Engländer, Franzosen und auch die Neutralen) sitzen blieben. Als nun am Samstag abend die Kapelle wieder das Lied spielte, erhoben sich Prinz Joachim Albrecht und seine Begleitung; auch an dem Nachbartisch, an dem Rittermeister v. Platen saß, stand man auf. Diesem Beispiel folgten fast alle Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Als das der Prinz bemerkte, rief er ihnen zu: „Aufstehen!“ Andere Gäste wiederholten diese Aufforderung. Die französischen Offiziere und der Botschaftssekretär leisteten dem aber keine Folge. Darauf warf der Prinz die auf dem Tisch stehenden Blumen gegen die Ententeoffiziere. Der Rittermeister v. Platen schleuderte ein Weinglas nach dem Tisch der französischen Offiziere und auch der Prinz warf daraufhin mit Gläsern. Von mehreren Tischen drangen dann die Gäste auf die französischen Offiziere ein. Es entstand eine allgemeine Prügelei.“

Die beteiligten Franzosen, die übrigens in Zivil waren, sind Kapitän Klein und dessen Gattin, Hauptmann Rouevin und Botschaftssekretär Dunard. Die drei Herren sind arg zugerichtet. Man mag nun annehmen, daß der hier wieder-gegebene Bericht nicht in allen Einzelheiten stimmt, die Aussagen des Prinzen stehen ja auch in scharfem Widerspruch mit denen anderer Gäste und dem Kellner; man mag ferner zugeben, daß die Franzosen, die übrigens nach ihren Vorschriften handelten, als sie sitzen blieben, sich taktvoller benommen hätten, wenn sie unauffällig das Lokal verlassen hätten; man kommt trotzdem zu dem Ergebnis, daß der Prinz sich nicht tadellos benommen hat. Auch aus späteren Berichten geht hervor, daß er die Fremden offenkundig herausgefordert zu haben scheint. Wir wollen jedoch zugunsten des 44jährigen Hohenzollernprinzen annehmen, daß er einem an sich berechtigten Gefühl nachgegeben, sich von edlem Zorn habe hinreißen lassen. Die meisten Blätter sind anderer Ansicht und sehen in der Handlungsweise des Prinzen nur eine unanständige

Herabforderung der fremden Gäste. Der „Vorwärts“ spricht sogar von einem „prinzipiellen Sauf- und Raufbold“. Angenommen, dies sei sehr stark übertrieben und ungerecht, das Benehmen des Prinzen enthält noch immer Peinliches genug. Es waren Damen zugegen. Die gute Lebensart hätte Auftritte wie den geschilderten ganz entschieden verboten. Das peinlichste jedoch ist die Unklugheit, mit der einem vielleicht edlen und ehrenhaften Gefühl freier Lauf gelassen wurde. Wahre Vaterlandsliebe besteht doch nicht darin, daß man durch vorzeigliche Handlungen das Vaterland schädigt, auch wenn sie aus noch so schönen Empfindungen entspringen. Prinz Joachim ist kein Schüler oder Student mehr und mußte sich der Folgen seines Benehmens bewußt sein. Es wäre klüger, männlicher und patriotischer gewesen, wenn er seine persönlichen Empfindungen unterdrückt und dem Gemeinwohl untergeordnet hätte. Die Reichsregierung hat nicht unrecht, wenn sie einen so laun und angriffslustig sich gebärdenden Patriotismus, wie er sich in der pöbelhaften Schlägerei im Hotel Adlon offenbart, einen „Nadaupatriotismus“ nennt. Wir brauchen uns deshalb noch lange nicht zu demütigen oder unserer Ehre etwas zu vergeben, wenn wir unsere Empfindungen stolz für uns behalten. Es ist vornehmer und würdiger, wenn wir als die Besiegten und Geknechteten uns Selbstbeherrschung auferlegen und nur im Stillen, aber um so stetiger auf den Nutzen des Vaterlandes bedacht sind. Der dient dem Deutschtum am besten, der ihm nicht mit unüberlegten Worten und knabenhaften Raufereien, sondern mit stiller Arbeit am Wiederaufbau unserer Wirtschaft, unserer Sitten und unsres guten deutschen Wesens dient. Die Vorgänge im Adlonhotel und in Bremen jedoch sollen uns ein Beispiel dafür sein, wie wir nicht handeln wollen. H. O. R.

Der Zwischenfall im Hotel Adlon.

(WB.) Berlin, 10. März. Nach der „Voss. Zig.“ ist der von der Staatsanwaltschaft gestellte Antrag auf Erlassung eines Haftbefehls gegen Prinz Joachim Albrecht und Rittermeister v. Platen wegen Verleumdung, Körperverletzung und versuchter Rädikation vom Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte abgelehnt worden mit der Begründung, daß bei den Beschuldigten weder Fluchtverdacht, noch Verdunkelungsgefahr vorliege. Trotz der ablehnenden Haltung des Gerichts gegenüber dem Antrage der Staatsanwaltschaft bleiben beide Beschuldigten vorläufig in Schutzhaft.

Die Entschuldigung der deutschen Regierung

(WB.) Paris, 10. März. (Havas.) Heute Nachmittag um 13 Uhr erschien der deutsche Geschäftsträger, Dr. Mayer, beim Ministerpräsidenten, um ihm die Entschuldigung seiner Regierung wegen der Vorfälle, die sich kürzlich in Berlin ereignet haben, zu überbringen. Millerand nahm davon Kenntnis. Ueberdies sah er sich veranlaßt, die Aufmerksamkeit des deutschen Vertreters auf andere Zwischenfälle gleichen Charakters zu lenken, die ihm in der letzten Zeit gemeldet worden seien. Er sagte bei, daß diese Dinge sich vielleicht nicht ereignet hätten, wenn die deutschen Behörden mehr Raschheit und Energie angewandt hätten, um die Gewalttätigkeiten zu ahnden, auf welche im Monat Dezember zuerst General Nessel und dann der Oberste Rat die Berliner Regierung hingewiesen hätten.

Eine französische Stimme.

(WB.) Paris, 10. März. In einem Aufsatz des „Temps“ heißt es: Wir kennen nur noch einen Militarismus in Europa, das ist der, dessen Symbol augenblicklich Sibirien ist und von dem Prinz Joachim Albrecht eines der letzten entdeckten Muster ist. Dieser Militarismus hat 1914 angegriffen.

Zur äußeren Lage.

Vor der 2. Abstimmung in Schleswig.

(WB.) Flensburg, 10. März. Der Deutsche Ausschuss für das Herzogtum Schleswig teilt uns mit: Es besteht noch vielfach bei den Stimmberechtigten im Reich die Ansicht, sie könnten sich bei der am Sonntag, den 14. März, stattfindenden Abstimmung in der zweiten Zone Schleswigs durch eine andere Person vertreten lassen. Diese Anschauung ist falsch. Jeder Stimmberechtigte, der wählen will, muß persönlich erscheinen und seine Stimme abgeben. Nur die Ausgewiesenen dürfen einen Vertreter stellen.

(WB.) Berlin, 10. März. Zu der von dem Vertreter des südbaltischen Ministeriums bei der Internationalen Kommission in Flensburg veröffentlichten Erklärung über die im schleswigschen Abstimmungsgebiet beheimateten deutschen Schiffe wird deutscher-

seits amtlich erklärt, daß die deutsche Regierung es als ihre Ehrenpflicht betrachten wird, den Flensburger Reedern, die ihnen durch ihre Kreuzer zu Deutschland verloren gegangenen Schiffe vor allen andern durch Neubauten zu ersetzen.

(WB.) Berlin, 10. März. Auf eine Anfrage des Abg. Wabstein ist diesem eine Antwort des Reichsministers des Auswärtigen gestellt worden, in der es u. a. heißt: Die Reichsregierung wird keine andere Entscheidung in der schleswigschen Grenzfrage anerkennen, als eine solche, die dem Wortlaut und Geiste des Friedensvertrags entspricht. Die Grenze wird daher so festzusetzen sein, daß überall da, wo die Bevölkerung überwiegend deutsch gestimmt hat, mit Ausnahme von deutschen Enklaven in rein dänischen Gebieten, die betreffenden Landestteile auch bei Deutschland zu bleiben haben.

* Berlin, 11. März. Zur Lage in der Nordmark wird dem „Berl. Tagebl.“ geschrieben, daß sich die deutsche Widerstandskraft erheblich verstärkt habe. Nicht zuletzt trage dazu das Zugeständnis der preussischen Regierung bei, die schleswig-holsteinischen Sonderrechte zu gewährleisten.

(WB.) Gabelsleben, 10. März. Die internationale Kommission hat das für das Abstimmungsgebiet erlassene Flaggensymbol auf die Dauer von zwei Tagen nach der Abstimmung, also bis zum 16. März, verlängert.

Vom Völkerbund.

(WB.) Amsterdam, 10. März. „Daily News“ schreiben in einem Leitartikel: Deutschland und Rußland müssen unverzüglich aufgefordert werden, dem Völkerbund beizutreten. Deutschland muß auf jeden Fall einen Sitz im Rate des Völkerbunds erhalten. Für den Bund ist die Zeit gekommen, mutig und energisch zu handeln.

(WB.) Paris, 11. März. Der Völkerbundsrat wird nächsten Samstag im Ministerium des Auswärtigen zusammentreten. Entgegen umlaufenden Gerüchten kann festgestellt werden, daß sich der Rat nicht mit Finanzfragen beschäftigen wird.

Amerika und der Völkerbund.

(WB.) Washington, 10. März. Havas meldet: In einem Schreiben an Senator Hitchcock erklärte Präsident Wilson, er stelle sich nur den Vorbehalten entgegen, die tatsächlich Artikel des Friedensvertrags annullierten. Amerika müsse entweder dem Völkerbund ernsthaft beitreten oder sich so würdig wie möglich von ihm zurückziehen. Wilson schloß sein Schreiben an Senator Hitchcock mit der Bemerkung, die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten als Nation sei jetzt riesengroß, und wenn er Gelegenheit hätte, würde er alle, die es angehe, bitten, die Frage des Beitritts zum Völkerbund mehr von dem Gesichtspunkte zu erwägen, wie es möglich sei, die Angelegenheit für die Menschheit zu Ende zu führen, als von dem Gesichtspunkte eigener nationaler Interessen.

(WB.) Haag, 10. März. Wie der „N. Courant“ aus Washington meldet, hat Wilsons Schreiben an Hitchcock großes Aufsehen erregt. Der Senat versuchte, trotzdem einen Ausgleich bezüglich des Artikels 10 herbeizuführen. Die Republikaner haben sich dem von Senator Root vorgeschlagenen Ausgleich bereits angeschlossen.

(WB.) Washington, 10. März. Der Senat hat mit 49 gegen 28 Stimmen den modifizierten Vorbehalt, der die nationale Kontrolle der Rüstungen bestätigt und festsetzt, daß sich die Vereinigten Staaten das Recht vorbehalten, ihre Rüstungen ohne Zustimmung des Völkerbunds zu erhöhen, wenn das Land von Invasion bedroht ist, angenommen.

Ruba ratifiziert den Frieden.

(WB.) Paris, 10. März. Das „Journal Officiel“ teilt mit, daß der Gesandte von Ruba gestern am Quai d'Orsay die Ratifizierungsurkunde des Friedensvertrags von Versailles abgab.

Indische Hilfe für die Türkei.

(WB.) Amsterdam, 10. März. Nach einer von englischen Blättern veröffentlichten Meldung aus Bombay hat infolge der die Türkei betreffenden Debatten im englischen Unterhaus die Kalifattkonferenz in Kalkutta beschlossen, für den 19. März als Protest gegen das britische Vorgehen gegen die Türkei den Streit zu verkünden, und eine Entschädigung zugunsten des Boykotts britischer Waren angenommen. Der Aga Khan fordert, daß keine Völkerbundsmandate für die Türkei erteilt werden und daß die Türkei unverändert bestehen bleibe.

Anwerbungen deutscher Soldaten

für die polnische Armee.

Aus Marggrabowa wird der Korrespondenz für Ostpreußen berichtet: Die Werbungen für die polnische Armee nehmen

hier einen immer größeren Umfang an. In der Hauptsache sind es Juden, die sich an ihnen geeignet scheinende Leute unter allerlei Vorwänden herandrängen, ihnen sofortige Beförderung im politischen Heere und hohes Gehalt und Adressen von ehemaligen preussischen Offizieren und Unteroffizieren sammeln, die geneigt wären, in politische Dienste zu treten. Auch versucht man, russische Feldfernsprechapparate und jede Anzahl von Feldfernsprechapparaten zu kaufen. Es sollen bereits 2000 deutsche Fernsprechapparate mit Kabel und sonstigen Zubehör von Goldap aus über die Grenze verschoben worden sein. — Diese Nachrichten sind nicht dazu gelangt, die Befürchtung der dortigen Bevölkerung, daß die Polen sich mit Gewalt in den Besitz des Landes zu setzen versuchen werden, zu zerstreuen.

Amerika und Sowjetrußland.

(W.B.) Amsterdam, 10. März. Nach einer Reutersmeldung aus Washington wurde dort mitgeteilt, die Regierung habe im Prinzip beschlossen, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Amerika und Sowjetrußland zu gestatten, sobald die Alliierten eine einschlägige Politik gegen Rußland festgesetzt hätten.

Das sterbende Wien.

* Berlin, 11. März. Laut „Berl. Lokalanzt.“ hat die Zahl der Todesfälle in Wien in der letzten Februarwoche 1102 betragen, die Zahl der Geburten nur 453. Keine Stadt Europas weist eine gleich entsetzliche Statistik auf.

Ausland.

Folgen des Kohlenarbeiterstreiks in Frankreich.

(W.B.) Paris, 10. März. Infolge des Streiks der Kohlenarbeiter in den Departements Du Nord und Pas de Calais schlägt der Minister für öffentliche Arbeiten vor, den Reiseverkehr um ein Drittel einzuschränken, die Warentransporte jedoch nicht herabzusetzen.

Obligatorische Schiedsgerichte in Frankreich.

(W.B.) Paris, 10. März. Die Regierung ließ der Kammer ein Gesetzesentwurf zugehen, der sich auf die friedliche Beilegung aller Streitigkeiten bezieht. Das Streikrecht wird von dem Entwurf nicht berührt. Er beschränkt sich darauf, zu verlangen, daß vor jeder Streikereinstellung alle Versuche zur friedlichen Beilegung des Konfliktes gemacht werden. Es ist ein fakultativer Schiedsgericht vorgelesen, das für solche Unternehmungen obligatorisch ist, bei denen Arbeitsunterbrechungen eine unmittelbare Bedrohung des Wirtschaftslebens zur Folge haben würden.

Die Lage in Portugal.

(W.B.) Amsterdam, 10. März. Havas-Reuters meldet aus Madrid, daß nach einem Bericht des spanischen Gesandten in Lissabon die portugiesische Regierung die Elektrizitätszentralen mit Beschlag belegt hat. Die Arbeiten werden mit Marinepersonal besetzt. — Der vormalige Kriegsminister, Oberst Batista, hat den Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden, angenommen. Die Lage ist schwierig. Es herrscht Ruhe.

Die kommunistische Agitation in Finnland.

(W.B.) Helsinki, 10. März. In Finnland droht ein allgemeiner Landarbeiterstreik infolge revolutionärer Agitation unter den Landarbeitern auszubrechen.

Deutsche Nationalversammlung.

Bei Eröffnung der gestrigen Sitzung teilte Präsident Fehrenbach mit, daß er anlässlich der am Sonntag bevorstehenden Abstimmung über beide Zonen in Schleswig in Uebereinstimmung mit den Parteiführern an die dortige Presse ein Telegramm gesandt habe des Inhalts, daß die Nationalversammlung in schicksalsschwerer Stunde den deutschen Brüdern wärmsten Gruß sende. Was deutsch ist, müsse deutsch bleiben. Möge der 14. März die Entscheidung bringen, die Deutschland zuverlässig erwartet. (Weißl.)

Es folgte die 3. Beratung des Entwurfes eines Reichseinkommensteuergesetzes. Zu § 12 wurde ein Antrag Dr. Blum (Dem.) angenommen, wonach bei einem Erwerb von Grundstücken vor dem 1. August 1914 die zehnjährige Frist als erfüllt gilt. — Bei § 13 entspann sich eine Debatte über die Anträge Arnstedt (D.), die für den Betrieb notwendigen Rückstellungen als abziehbar von den Einkünften festzusetzen und ebenso einen Teil der Beträge für kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen. — Unterstaatssekretär Mölle hat, die Anträge abgelehnt, wegen der Notlage des Reiches, trotzdem manches für sie spreche. Auf Antrag der Unabhängigen wurde gesondert abgestimmt, über das Freibleiben von Beiträgen an kulturfördernde, mildtätige und gemeinnützige Vereinigungen. Für diesen Antrag stimmten 117 Abgeordnete, dagegen 104. Der Antrag wurde angenommen, ebenso der Antrag, auch die politischen Vereinigungen einzubeziehen. Der Antrag wegen der Rückstellungen wurde abgelehnt. — Weitere Paragraphen wurden mit geringen Abänderungen in der Fassung der 2. Lesung angenommen. — Zu § 23 (Waldnutzungen) wurde auf Antrag Gruber (Soz.) der Abs. 1 (Regierungsvorlage) gestrichen. — Der Rest des Gesetzes wurde ohne wesentliche Abänderungen angenommen.

Es folgte die 2. Beratung des Gesetzesentwurfes eines Kapitalertragsteuergesetzes. — Zu § 2 (Befreiung von der Steuer) beantragte Abg. Ziegler (Dem.) einen Zusatz, wonach auch öffentlich rechtliche Berufsvertretungen, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, befreit werden. Der Antrag wurde angenommen. Weiteren Absätzen des § 3 wurde nach gemeinsamen Anträgen der Mehrheitsparteien eine abgeänderte Fassung gegeben. — Der Rest des Gesetzes wurde mit unwesentlichen Abänderungen angenommen, ebenso das Gesetz in der Gesamtabstimmung. — Die 2. Beratung des Körperschaftsteuergesetzes wurde fortgesetzt. Abg. Gruber (Soz.) beantragte in § 10 eine Besteuerung

Amfliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung des Ministeriums des Innern betreffend die Prüfung für den mittleren Verwaltungsdienst.

Für die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Verwaltungskandidaten, welche vor dem Krieg am staatlichen Unterrichtskurs teilgenommen haben, wird im Laufe des Monats April 1920 (voraussichtlich vom 7. April an) eine besondere Verwaltungsdienstprüfung abgehalten werden.

Die Meldungen zu dieser Prüfung sind, soweit sie dem Ministerium noch nicht vorliegen, unter Beachtung der Vorschriften des § 23 der Ministerialverordnung, betr. die Zulassung der Verordnung über die mittlere Verwaltungsdienstprüfung vom 16. Oktober 1913 (RegBl. S. 250) binnen 8 Tagen, von den noch aus der Gefangenenschaft zurückkehrenden spätestens bis 1. April 1920, durch Vermittlung des Oberamts des Aufenthaltsorts beim Ministerium einzureichen.

Soweit den Kandidaten innerhalb der Meldedfrist die Beibringung eines neuen Zeugnisses der Gemeindebehörde des Geburtsorts über Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Bestrafungen je nicht möglich sein sollte, wird es durch das Ministerium eingeholt werden.

Ueber die Zulassung zur Prüfung und über ihren genauen Zeitpunkt erhalten die Kandidaten besondere Mitteilung.

Die Oberämter werden angehalten, vorstehende Bekanntmachung in geeigneter Weise zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Stuttgart, den 4. März 1920.

Senmann.

Beginn neuer Unterrichtskurse an der Fachschule für Feinmechanik einschl. Uhrmacherei und Elektromechanik in Schweningen a. N.

An der unter Aufsicht der Zentralstelle für Gewerbe und Handel stehenden staatlichen Fachschule für Feinmechanik usw. in Schweningen beginnen am 5. Mai 1920 wieder neue Unterrichtskurse.

Der Zweck der Fachschule ist, durch praktischen und theoretischen Unterricht in den verschiedenen Zweigen der Feinmechanik einschl. Uhrmacherei und Elektromechanik für Gebiete ebensowohl tüchtige Gehilfen und Werkführer als ständige Gewerbetreibende heranzubilden.

Der Unterricht an der Fachschule umfaßt drei ordentliche Jahreskurse für angehende Fein- und Elektromechaniker sowie Groß- und Taschenuhrmacher, welche mit einer Schlußprüfung (Gesellenprüfung) endigen. Daneben besteht ein einjähriger Höherer Fortbildungskurs mit anschließender Meisterprüfung, insbesondere für solche Gehilfen der Fein- und Elektromechanik sowie Uhrmacherei, welche sich in besonders gründlicher und umfassender Weise für die spätere selbständige Betreibung ihres Gewerbes oder für die Verleihung von Werkführerstellen in der Großindustrie vorbereiten wollen.

Anmeldungen sind spätestens bis 15. März 1920 an den Direktor der Fachschule zu richten, von welchem auch Schulprogramme und Auskünfte erhalten werden können.

Die Aufnahmeprüfung für Neueintretende findet am Samstag (nicht Freitag, wie verkehrentlich in der Bekanntmachung vom 30. Dezember 1919 gesagt war) den 27. März 1920, statt. Stuttgart, den 17. Januar 1920. J. B. Kraß.

der Toten Hand. Unterstaatssekretär Mölle und eine Reihe von Abgeordneten sprachen dagegen. Der Antrag wurde mit 129 gegen 96 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen abgelehnt. — Der Rest des Gesetzes wurde angenommen mit Änderungen gemäß Anträgen der Mehrheitsparteien.

Deutschland.

Die Uebersichten im Kohlenbergbau.

(W.B.) Essen, 10. März. In den vorgestrigen Verhandlungen betreffend die Ueberarbeit im Bergbau waren als Abgeordnete der Regierung Eisenbahnminister Deser, Reichsarbeitsminister Schilde, Reg. Rat Bosenstein, Wehrkreiskommandeur Generalleutnant Fehr, v. Wader und Reichskommissar Severing anwesend. Zwischen dem Bechwerdverband einerseits und den Arbeitnehmer- und Angestelltenverbänden andererseits wurde folgendes vereinbart: Vom 15. März ab wird die Belegschaft unter Tage wöchentlich zweimal im Anschluß an die regelmäßige Schicht je eine halbe Ueberarbeit zur Erhöhung der Kohlenförderung versehen. Es sind nach Möglichkeit alle Belegschaftsmitglieder unter Tage zu beteiligen. Belegschaftsmitglieder über Tage verfahren soweit erforderlich entsprechende Ueberstunden. Allen Belegschaftsmitgliedern wird für die in dieser Zeit geleisteten Ueberstunden anstatt des tarifmäßigen Lohnzuschlags von 25 Prozent unter Tage eine solche von 100 Proz., über Tage eine solche von 50 Proz. gezahlt. Für die an dieser Ueberarbeit beteiligten Belegschaftsmitglieder ist eine Zulage festgesetzt. (Wöchentliche Brotmenge 3125 Gramm, wöchentliche Fettmenge ausschließlich der rationierten Menge ein Pfund.) Der Preis für Brot und Fett ist gleich dem der rationierten Menge. Das Abkommen gilt für alle Belegschaftsmitglieder und für alle Bechwerdungen. Es kann mit Frist von einer Woche beiderseitig gekündigt werden.

Die Verkehrsfrage im Ruhrgebiet.

Der Abtransport der Brennstoffe im Ruhrgebiet gestaltete sich in der letzten Februarwoche günstiger. Die Mehrförderung konnte wenigstens in den letzten Tagen der Woche im allgemeinen abgefahren werden. Die Wagengestellung war besser.

Die Besserung unserer wirtschaftlichen Lage.

* Berlin, 11. März. Gestern tagte der jüngst gegründete Wirtschaftsrat, um über die wichtigsten Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens zu beraten. Trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse, schreibt die „D. Allg. Ztg.“ läßt sich nicht bestreiten, daß der Gesamteindruck unserer Wirtschaft erfreulicher ist als im vorigen Jahr und vor einigen Monaten. Das sieht man am deutlichsten auch an der Beurteilung der deutschen Verhältnisse durch das Ausland. Man kann ruhig sagen: Wirtschaftlich geht es wieder aufwärts.

Der Reichspräsident besucht die Technische Messe in Leipzig.

(W.B.) Leipzig, 10. März. Reichspräsident Ebert, Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsjustizminister Schiffer werden am Montag zum Besuch der Technischen Messe in Leipzig weilen.

Wiederaufbau der Post- und Telegraphenwesens.

* Berlin, 11. März. Ueber den Wiederaufbau des Post- und Telegraphenwesens hielt gestern auf Einladung der Handelskammer

der Reichspostminister Esberts einen Vortrag, in dem er hervorhob, daß mit Personal- und Tarifreformen technisches Zusammenarbeiten zusammenwirken müsse. Bei der Post sei die pünktliche Abfertigung der Sendungen durch die Störungen im Eisenbahnbetrieb außerordentlich erschwert. Neuerdings seien zahlreiche Eisenbahnpostwagen mit den neuesten Sortiereneinrichtungen in Auftrag gegeben worden. Zur verkehrstechnischen Erschließung der Gegenden ohne Eisenbahnlinien seien 200 Postkraftwagen in Auftrag gegeben. Die Tarifpolitik sei deswegen nicht verkehrsfreudlich, weil sie mit einer Besserung der Wirtschaftslage und einer Verbilligung der Verkehrsleistungen reche.

Gegen die Tarifierhöhung der Postgebühren.

Der Hansa-Bund wendet sich an die ihm angeschlossenen Kreise mit der Aufforderung, gegen die geplante Posttarifpolitik Stellung zu nehmen. Es ist nicht zu verkennen, daß die allgemeine Aufwärtsbewegung der Preise auch für die Postbehörde eine Erhöhung der Tarife notwendig macht, doch muß der Gedanke, daß die Post ein Verkehrsinstitut darstellt, das bestimmt ist, der Öffentlichkeit zu dienen, ihrer Tarifpolitik unter allen Umständen zugrunde liegen. Unter diesem Gesichtspunkt ist der schärfste Protest gegen die Erhöhung der Verkehrsgebühren in der geplanten Form einzulegen. Eine derartige Belastung vermag unser Wirtschaftsleben nicht zu ertragen, denn die in Aussicht genommene außerordentliche Verteuerung der Postgebühren stellt eine glatte Erbrevelung insbesondere der Wirtschaftszweige dar, die nicht in der Lage sind, eine Unkostenverhöhung abzuwälzen. Es scheint von den maßgebenden Stellen nicht bedacht zu sein, daß die von keinerlei Verständnis für Wirtschaftspolitik getragene Tarifierhöhung in ihrer Auswirkung bestimmt das Gegenteil einer Verbesserung der Postleistungen erreichen wird. Der Schematismus der geplanten Tarife zeigt sich in jeder einzelnen Bestimmung des Entwurfs. Die geplante Regelung des Telefonverkehrs stellt eine glatte Unmöglichkeit dar. Zum mindesten muß eine Unterscheidung von Luxus- und Geschäftskreisen von dem Tarif zugrunde gelegt werden. Die Hinterlegengebühr in der vorgesehenen Höhe ist trotz Verzinsung insbesondere für kleine Geschäftsinhaber unerträglich. Die Aufhebung der Unterscheidung im Orts- und Fernverkehr ist an sich widersinnig, denn für direkt ungleiche Leistungen verlangt die Postbehörde gleiche Bezahlung. Der Sprung von 30 auf 50 Pfennig bei Briefen über 20 Gramm ohne Zwischenstufe, die direkte Erhöhung um 10 Prozent des Portos auf Drucksachen geben Zeugnis von demselben sinnlosen Schematismus. Mit aller Energie müssen Handel, Gewerbe und Industrie gegen den wirtschaftsfremden Bürokratismus der maßgebenden Stellen Front machen und von der Nationalversammlung verlangen, daß sie solchen Bestrebungen endlich ein bis hierher und nicht weiter entgegensteht.

Hindenburgs Präsidentschaftskandidatur.

Ein sehr bemerkenswertes, gutes Urteil über den Gedanken der Kandidatur Hindenburgs fällt die „Königliche Zeitung“, die auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei steht. Die Hoffnung, daß Hindenburg Reichspräsident würde, findet das Blatt „zu schön, als daß sie Aussicht auf Verwirklichung beanspruchen könnte. Läßt sie sich aber nicht verwirklichen, so wäre die Kandidatur Hindenburgs aus menschlichen Rücksichten ein Unrecht und aus nationalen, wie politischen Gründen, inneren und äußeren, ein Fehler, der verhängnisvoll werden könnte.“ Das wird dann begründet: „Wäre es eine Kandidatur der Rechten, aufgestellt in der Erwartung, durch sie eine große Zahl von Stimmen auch aus anderen Parteilagern zu gewinnen, so ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß um den Namen Hindenburg ein Kampf entbrennen müßte, der an maßloser Verheerung und entzweifelndem Fanatismus alles in den Schatten stellen würde, was wir bisher erlebt haben. Haben jene führenden Männer und Frauen das dem Generalfeldmarschall, der sich bisher dem Parteienstreit ferngehalten hat, mit der nötigen Deutlichkeit vor Augen geführt, und wollen sie die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Gestalt eines Hindenburg, der in Sieg und Not mit gleich vorbildlicher Pflüchterfülle zu seinem Volke gefunden und ein Anrecht darauf hat, daß sein Name rein und fleckenlos als Sinnbild echter Vaterlandstreue auf die kommenden Geschlechter übergeht, von den Schmutzspitzern eines über alle Maßen leidenschaftlichen Wahlkampfes besudelt wird?“

Verminderung der Beamtenszahl.

Aus unterrichteten Kreisen geht den „Pol.-Parlam. Nachr.“ eine Zuschrift zu, worin gegen das fortgesetzte weitere Anschwellen des Beamtenskörpers bei den Reichsbehörden Einspruch erhoben wird. In der Zuschrift heißt es: „Von verschiedenen Seiten wurde unter Bezugnahme auf frühere Ausführungen von Reichsministern zur gleichen Frage, die unter dem Beifall der Nationalversammlung erfolgt seien, geltend gemacht, daß, wenn die Stellenvermehrung in dem Maße, wie es noch immer geschehe, fortgesetzt werde, die finanzielle Leistungsfähigkeit des durch den Friedensschluß verkleinerten und verschuldeten Reichs dem nicht mehr gewachsen sein könne, zumal im Hinblick auf die großen Mehrforderungen aus Anlaß der Besoldungsreform.“

Debländerschließung.

Zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Sechsten Ausschuss der Nationalversammlung fanden Besprechungen statt über die künftig vom Reich auf dem Gebiete der Noortkultur und der Debländerschließung vorzunehmenden Arbeiten. Angestrebt wird die Bildung eines besonderen Ausschusses praktischer und wissenschaftlicher Sachverständiger, dem die Prüfung des gesamten hiermit im Zusammenhang stehenden Fragenkomplexes zugewiesen werden soll.

Ein neuer Zwischenfall.

* Berlin, 10. März. In Bernich in der Mark ist von der dortigen Einwohnerwehr ein französischer Soldat, der beim Wildern erkappt wurde, erschossen worden. Der Getötete war ein Mitglied der französischen Ueberwachungskommission in Berlin und mit 7 Kameraden im Auto in die Mark gefahren, um dort zu jagen. — Wie der „Abend“ meldet, ist heute in Bernich eine französische Kommission eingetroffen, um den beim Wildern erschossenen fran-

rag, in dem es
technisches Zuei-
set die pünktliche
n im Eisenbahn-
zahlreiche Eisen-
ungen in Auftrag
Auftrag gegeben.
ich, weil sie mit
Billigung der Be-
gebühren.

schlossenen Kreise
ipolitik Stellung
allgemeine Auf-
eine Erhöhung
te, daß die Post
ffenlichkeit zu
zugrunde liegen.
gegen die Er-
ern einzulegen.
leben nicht zu
ordentliche Ver-
stellung insbeson-
e sind, eine Un-
maßgebenden
Verständnis für
Auswirkung be-
steinstimmungen er-
tarife zeigt sich
geplante Rege-
lichkeit dar. Zum
Geschäftsvertrauen
egegebühr in der
e für keine Ge-
ntercheidung im
n für direkt un-
Bezahlung. Der
20 Gramm ohne
ent des Portos
nlosen Schema-
de und Industrie
er maßgebenden
nung verlangen,
erher und nicht

bidatur.
en Gedanken der
Bettung", die
leht Die Hoff-
das Blatt zu
sprachen könnte.
bidatur Hindernis
nationalen,
Zehler, der ver-
ndet: "Wäre es
erwartung, durch
Parteilagern
um den Namen
maßloser Ber-
Schatten stellen
ührenden Männer
bisher dem Par-
keit vor Augen
übernehmen, daß
g und Not mit
e gestanden und
d fleckenlos als
Beschlehter über-
hen Leidenschaft-

ahl.
Barlam Nachr.
tere Anschwellen
sch erhoben wird.
ten wurde unter
chministern zur
berammlung er-
berneuerung in
verde, die finan-
sch verkleinerten
sen sein könne,
aus Anlaß der

nd dem Sechsten
prechungen statt
der Moor-
nehmenden Ar-
esonderen Aus-
ständiger, dem
tenhang stehen-

Wart ist von der
er beim Wildern
dar ein Mitglied
lin und mit 7
rt zu jagen. —
eine französische
erschossenen frau-

öffentlichen Soldaten abzuholen, ferner ein Vertreter der Berliner Staatsanwaltschaft und drei Regierungsvertreter. Entgegen der von den französischen Soldaten ihrem Vorgesetzten abgegebenen Erklärung, daß ihr Kamerad ohne jeden Grund im Auto erschossen worden sei, stellte die deutsche und französische Kommission fest, daß der getötete französische Soldat 700 Meter vom Auto entfernt auf freiem Felde erschossen worden ist. Auf die Frage der französischen Kommission nach demjenigen, der den Franzosen getötet hatte, erklärten die Mitglieder der Einwohnerversammlung, sie könnten nicht zugeben, daß ein einzelnes Mitglied etwa für eine Tat bestraft werde, die zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit geschehen sei. Die Franzosen teilten noch mit, daß die sieben beteiligten französischen Soldaten sofort eingesperrt worden seien.

Schöne Kellnerinnen für die Franzosen.

Die „Münchener N. N.“ teilen ein sehr bezeichnendes Vorkommnis mit, das wert ist, daß man es der Öffentlichkeit unterbreite. Ein Stellenvermittler aus Bad Ems richtete ein Angebot an den Hotelierverband, in dem es u. a. heißt: „Brauche sechs schöne französisch sprechende Stewieskänlein für hier in Hotelrestaurant. Wir haben französische Bezahlung hier mit seinen Offizieren, auch sind schon sehr viele französische Familien nach hier gezogen. Die Mädchen verdienen schweres Geld.“ Der Brief ist unterzeichnet: „W. Dittmar.“ Der Verband richtete an den Absender folgendes Schreiben: „Herrn W. Dittmar, Stellenvermittlung, Bad Ems. Ihre Zuschrift, nach der Sie sechs schöne französisch sprechende Kellnerinnen suchen, haben wir erhalten. Doch sind wir der Ansicht, daß unsere schönen Kellnerinnen zu gut dafür sind, um französische Offiziere oder Gäste in Ems zu bedienen. Sollte aber Wert auf tüchtige Bedienung gelegt werden, so kann Ihnen das hiesige Arbeitsamt von den 800 erwerbslosen Kellnern, die am Arbeitsamt angemeldet sind, Dofferten zuweisen; dieselben sind zwar nicht alle schön, doch haben sie zum größten Teil für ihr deutsches Vaterland gekämpft und haben die Leiden der Gefangenschaft und Internierung bis zur Keige durchgeholfen. Wollen Sie Ihre Auftraggeber an diese vaterländische Pflicht erinnern und den Franzosen bedeuten, daß sie ihre Schönheiten von Frankreich mitbringen wollen.“ Die deutsche Behörde in Bad Ems hätte alle Veranlassung, sich mit dieser „Stellenvermittlung“ zu befassen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. März 1920.

Pferde- und Schweinemarkt in Calw.

Auf dem Schweinemarkt am Mittwoch waren zugeführt: 171 Stück Milchschweine, die jedes Paar 560 bis 760 M. und 42 Stück Käufer, von denen das Stück 400 bis 850 M. kosteten. Der Verkauf war lebhaft, es wurde alles verkauft. — Der Pferdemarkt wurde nicht befahren, es wurden nur Pferde in den Gastställen eingeliefert, in den Gastwirtschaften gehandelt und Verkäufe abgeschlossen.

Gerichtliches Vorgehen gegen Saboteure der Ernährungswirtschaft.

Auf Grund eines Erlasses des Reichswirtschaftsministers hat der Justizminister die Beamten der Staatsanwaltschaft angewiesen, gegen solche Personen energisch vorzugehen, welche Landwirte zur Nichtlieferung öffentlich bewirtschafteter Erzeugnisse aufwiegen. In Zukunft hat also jeder, der Erzeuger von Getreide, Vieh, Kartoffeln usw. auffordert, ihrer Lieferpflicht nicht nachzukommen, eine Anklage gemäß § 110, 111 des Strafgesetzbuches und entsprechende Bestrafung zu gewärtigen.

Die Ueberfüllung des Stuttgarter Hauptbahnhofes.

Eine Mitteilung der Generaldirektion der Staatseisenbahnen besagt: Nach Stuttgart-Hauptbahnhof können wegen Über-

füllung dieses Bahnhofes bis 20. März 1920 einschließlich Brennholz, Heu und Stroh in Wagenladungen nicht zur Beförderung angenommen werden. Die Aufflieferung nach den übrigen Stuttgarter Bahnhöfen unterliegt keiner Beschränkung.

Vom Landtag.

Der Landtag hat nach kurzer Erledigung einiger unerheblicher Anträge das Gesetz über die Abänderung der Landesfeuerlöschordnung in allen drei Lesungen einstimmig angenommen. Eine Eingabe des Eisenbahnkomitees der Zweifalter Alb wegen Erbauung der Stichbahn Klein-Engstingen—Pfronten—Tigerfeld als Notstandsarbeit wurde der Regierung zur Erwägung übergeben, damit sie die Gelegenheit hat, von den drei Linien zwischen Kleinengstingen und der Donaubahn die geeignetste zu wählen. Die linksufrige obere Neckarbahn Rüttlingen—Neckartenzlingen—Pfezhanien—Kirchentellinsfurt soll als Notstandsarbeit nach Maßgabe der verfügbaren Mittel erbaut werden, desgleichen normalspurige Nebenbahnen von Schweningen nach Tuttlingen und von Trostingen nach Durheim. Die Weiterführung der Zabergäubahn als Nebenbahn von Leonbronn über Rirrbach nach Bretten als Notstandsarbeit wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen, wobei Unterstaatssekretär Hülzer erklärte, die Bahn würde teuer werden und komme für den Durchgangsverkehr nicht in Betracht. Bezüglich der Bahn Gerstetten—Herbrechtingen erklärte Hülzer, sie und alle vorgenannten Bahnbeamten mit Ausnahme der Zabergäubahn seien in dem Reichsetat 1920/21 eingestellt. Der Bahnbau Munderkingen—Altenweiler als Notstandsarbeit wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Hiegeauf (3.) befragte die Führung der Bahn Eberach—Altenweiler über Reute, das Haus beschloß aber, an der alten Linienführung festzuhalten. Auch bezüglich eines Normalspurbahnbaus Kalen—Abtsmünd erklärte Unterstaatssekretär Hülzer, daß die Forderung in den nächsten Reichsetat eingestellt werde. Eine Eingabe auf Verbilligung des Brennholzbezuges für bedürftige Kriegsbetroffene wurde der Regierung zur Erwägung angehängt. Einen größeren Rahmen in der Verhandlung beanspruchte die Eingabe der Tabakpflanzer von Maulbronn und Waiblingen um Freigabe des Tabaks von 1919. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hatte Erwägung beantragt, Ströbel und Körner vom Bauernbund dagegen Berücksichtigung, Oster (Soz.) verlangte ein Verbot des Tabakanbaus, wogegen Vogt (W. B.) dessen Nützlichkeit hervorhob. Nach weiterer Debatte, an der auch Pflüger (Soz.), Zellmann (3.) und Herrmann (D. d. P.) teilnahmen, erklärte der Arbeitsminister Leppert, der Reichswirtschaftsminister habe zwar nicht für die Ernte 1919, wohl aber für die von 1920 eine Lockerung der Zwangswirtschaft bei Tabak in Aussicht genommen. Schließlich wurde auf Antrag Oster (Soz.) die ganze Eingabe an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss zu neuer Behandlung zurückverwiesen.

Der Abg. Andre (3.) hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit der Reichsregierung erneut in dem Sinne in Verhandlungen einzutreten, daß in dem Schlussprotokoll betreffend den Staatsvertrag über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich den Ländern ein Mitbestimmungs- und Kontrollrecht bei der Vergebung von Lieferungen von Arbeiten für die Reichseisenbahnen eingeräumt wird, so daß eine gleichmäßige Berücksichtigung der Unternehmer im gesamten Reichsgebiet sichergestellt wird.

Warnung für Auswanderer.

Das Reichswanderungsamt warnt öffentlich vor dem „Schuhbund deutscher Auswanderer in Hamburg“. Die Zweigstelle Frankfurt a. M. des Reichswanderungsamtes schreibt über diesen fogen. „Schuhbund“ u. a.: „Dieser Schuhbund hat in Hamburg sechs Wirtschaftsvereinigungen ins Leben gerufen. Sie sind Gründungen

bedenklicher Art; ihr Hauptzweck ist, einzelnen Personen Gewinn aus der Auswanderung heimathlicher Deutscher zu sichern. Die in den Satzungen und Richtlinien der Vereinigungen gemachten Versprechungen sind undurchführbar. Drei der Leiter sind aus dem Bunde ausgeschlossen; von ihnen scheint einer fähig zu sein.“

Die Wohlfahrtspflege der Kriegervereine.

Die deutschen Kriegervereine, die im Rypfhäuser-Bunde zusammengeschlossen sind, haben schon vor dem Kriege jährlich rund sieben Millionen Mark an Unterstützungen für Kameraden und Kriegerwaisen aufgewendet, während des Krieges wurden an Liebesgaben für die Truppen rund 30 Millionen M. ausgegeben. In die Waisenhäuser sind 100 Kriegerwaisen aufgenommen worden. Im letzten Jahr wurden die wirtschaftlichen Einrichtungen (Genossenschaften, Einkaufsvereinigungen, Kriegerheimstätten) stark gefördert und die Einrichtung von Beratungsstellen und Vertretung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen weiter ausgebaut.

Eiereinfuhr.

In einer Besprechung, die kürzlich im Reichsarbeitsministerium mit Vertretern der Behörden und mit Interessenten stattfand, machte Ministerialdirektor Henrici einige Mitteilungen über den Stand der Eiereinfuhr. Im Frieden wurden jährlich etwa 4 Milliarden Eier eingeführt. 1918 ging diese Zahl auf mehrere Millionen zurück, nahm 1919 immer mehr ab und hörte im August 1919 ganz auf. Die Aussichten auf eine Wiederbelebung sind sehr unglücklich. Das hauptsächlich als Ueberflusgebiet in Frage kommende Polen hat erklärt, es werde nur im Wege eines Staatsvertrages und im Austausch gegen andere deutsche Erzeugnisse Eier liefern. Ebenso liegen die Dinge in der Tschechoslowakei, in Holland, der Schweiz und ganz besonders in Dänemark. Die Eierzufuhr aus Amerika hat neuerdings begonnen, aber Deutschland noch nicht erreicht. Bei Beurteilung der Frage, ob freie oder zentralisierte Einfuhr unter Anteilnahme des Staates, spricht für letztere der erforderliche hohe Kapitalbedarf sowie das erhebliche Risiko. Die Verammlung sprach sich auch einstimmig für die vorgezeichnete öffentliche Bewirtschaftung der Eier aus. Sehr wünschenswert ist die Förderung der direkten Einfuhr von Trockenfabrikaten aus China und der heimischen Geflügelzucht, die mit allen Mitteln erstrebt werden muß.

B. Monatem, 10. März. Der zweite Kochkurs der Bezirkspflege fand hier in den letzten 6 Wochen statt. Zur Schlussfeier am letzten Sonntag hatte die Lehrerin Fräulein Schaible mit ihren Schülerinnen schon geschmückte Tafeln gerichtet. Es fanden sich Gäste vom Ort und von auswärts ein, die sich beim guten Kaffee die Proben trefflich schmecken ließen. Die Schülerinnen erzeuften außerdem die Gäste mit einer kleinen Aufführung und Gesängen. Eine Gönnerin verschönte das Fest durch Klavierporträts. Sehr erfreulich war es auch, daß drei zurückgekehrte Kriegsgefangene eingeladen waren. Sie wurden von den Mädchen mit einem Gedicht und Weidensträußchen begrüßt. Schultheiß Reutischer begrüßte die Anwesenden, und Oberamtmann Götsche mit Humor gewürzte Worte besonders an die Schülerinnen. Fr. Schaible kann man zu ihrem Erfolg nur beglückwünschen.

(Schw.) Tübingen, 8. März. Der 44jährige, von seiner Frau getrennt lebende Schuhmacher Ernst Trümpermann, ein eifriger Agitator der U.S.P., der wegen Eigentums- und Sittlichkeitsverbrechen schon erhebliche Gefängnis- und Zuchthausstrafen verbüßt hat wurde unter Ausschluß mildegender Umstände wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Für die Schriftl. verantw.: J. Bertr.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Bschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Lebensmittelkarten-Ausgabe am Montag, den 15. März 1920 vorm. 8—9 Uhr Buchstabe A—F „ 10—12 „ „ G—L nachm. 2—3 „ „ M—R „ 3 1/4—5 „ „ S—Z

Die Karten sind zur vorgeschriebenen Zeit abzuholen und beim Empfang nachzuzählen. Für angeblich zu wenig erhaltene Karten kann kein Ersatz geleistet werden. Es wird deshalb eruchtet, möglichst keine Kinder zu schicken. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß künftig das Lebensmittelamt nur Montags, Dienstags, Mittwochs, Freitags und Samstags vormittags von 8—12 Uhr geöffnet ist.

Die hiesigen Geflügelhalter wollen am Tag der Brotkartenausgabe ihre Lebensmittelbücher auf Zimmer Nr. 8 in Empfang nehmen, oder wenn noch nicht abgeholt, dieselben mitbringen.

Eine alte, gute, haltbare, 2-jährige

Bettstelle

mit Matratze

ist zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle des Bl.

Sonnenhardt.

Besen-Reisig

hat zu verkaufen

Michael Schrotz.

Alle Sorten Gartenjamen

empfehlen Friederike Pfeiffer.

Spezhardt.

2 Reifiglose

u. zirka 10 Liter 3-blättrigen

Kleesamen

hat zu verkaufen

Philipp Löcher.

Wirt. Forstamt Altensteig.

Stammholz- und Stangen-Verkauf.

Am Mittwoch, den 17. März 1920 vorm. 10 Uhr im Grünen Baum in Altensteig aus Staatswald Roth Langholz: 344 Fichten, 2 Tannen, 3 Fichten mit Fm 23 II., 59 III., 41 IV., 34 V., 11 VI. Kl. Sägholz: 2 Tannen mit 2 Fm. I. u. II. Kl. Nadelholz-Stangen: 255 Baustrangen, 146 Hagstrangen, 45 Hopfenstrangen.

Zu verkaufen 1 Bügelofen

1 eiserne

Bettlade, 1 Schultasche, Bücher

Leberstraße 167.

Die von Michael Frommer Weitenhann zum Markt ausgeführten

Beerenstöcke

sind vergriffen.

Obstbäume,

erstklassige, nur erprobte Sorten, besonders schöne Halbstämme u. Zwergbäume, Lebensbäume für Hecken u. auf Gräber, Rosen, Hiersträucher, Schlingpflanzen, Linden, Ahorn, Eschen, Kastanien, Pappeln und Nuß-Bäume.

Alle Waldpflanzen, Laub- u. Nadelhölzer in bestbeurteilter Ware billigst bei

Julius Raaf, Obst- und Forstbaumschulen, Nagold, Telefon 77.

Geldtäschchen mit größerem Inhalt verloren

gegangen vom Löwen über die neue Straße

Gegen gute Belohnung abzugeben auf dem Rathaus

Ein gut erhaltenes Federnwägle

(für Meßger geeignet) hat zu verkaufen

Math. Kusterer, Unterhaugstett.

Zirka 12 Morgen

Wiesen und Aecker

werden am Freitag, den 12. ds. nachmittags 2 Uhr verpachtet.

Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Einige vorzügl. erhaltene Pianinos

in schwarz, nußb. u. eichen Friedensware, abzugeb.

G. L. Nagel, Heilbronn Fernsprecher 173.

Schön. Blätter. Kleesamen

ist wieder eingetroffen bei

Karl Schlag, Liebenzell.

Einfach möbl. Zimmer

auf 1. April gesucht.

Angebote unter N. D. 2083 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Spar- u. Consumverein Calw und Umgegend

e. G. m. b. H.

Durch Generalversammlungsbeschluß vom 9. März wurde die

Ausgabe von Hausanteilscheinen

auf 800 Stück zu je 50 Mark erhöht.

Die Zeichnungsliste liegt bis 15. März auf. Die bereits gezeichneten und noch nicht abgeholt

Hausanteilscheine

wollen nächsten Freitag, den 12. März von 5 Uhr ab, im hiesigen Laden abgeholt werden.

Die Verwaltung.

Stuttgart-Calw, 10. März 1920.



Statt jeder besonderen Anzeige!

Tiefbewegt teilen wir Freunden und Bekannten mit, daß unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Luise Rothammel,

geb. Walter,

heute Morgen, kurz nach einer Operation, unerwartet rasch verschieden ist.

In tiefem Leid:

Erich Rothammel und Frau, Frankfurt a. M.
Irma Hager, geb. Rothammel, Calw.

Wilhelm Scheel und Frau Anna, geb. Rothammel, mit Kindern Elisabeth und Margot, Degerloch.

Die Beerdigung findet am Samstag Nachmittag 3/8 Uhr von der Kapelle des Waldfriedhofes in Stuttgart aus statt.

Beim Bedarf jeglicher Art von

DRUCKARBEITEN

wollen Sie sich unserer Firma erinnern. — Wir liefern alle Erzeugnisse des Buchdrucks von der einfachen Besuchskarte bis zum umfangreichen Werk rasch, preiswert und sauber ausgeführt

Druckerei des „Calwer Tagblatt“

Geschäftsstelle: Lederstraße 151 — Fernsprech-Nummer 9

Kaufm. Lehrling

aus gut. Hanse, schöne Handschrift, gut. Stenograph, Einjähr., gesucht.

Eintritt 1. April, Ia. Branche. 1 Jahr Lehrzeit, dann feste Anstellung. Selbstgeschriebene Angebote unter D. N. 8320 an die Geschäftsst. d. Bl.

Gesucht zuverlässiges **Mädchen**

für einige Stunden täglich. Ebenda elektrische

Lampe

gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Deutscher Holzarbeiter - Verband
Zahlstelle Calw.

Sonntag, den 14. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, im Lokal bei Frau Wehger (untere Brücke)

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Die Tarifpolitik unseres Verbandes“. (Referent Kollege Güttrich, Gauvorstand, Stuttgart.)
2. Stellungnahme z. d. Betriebsratswahlen. Die Wichtigkeit erfordert vollständiges Erscheinen. Die Ortsverwaltung: J. A. Frig Bischoff.

Spar- und Vorschubbank Calw

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht. Die

General - Versammlung

findet am

Sonntag, den 14. März 1920, nachmittags 3/8 Uhr, im Saale der früheren Brauerei Dreiß statt.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Rechenschaftsberichtes für 1919.
2. Bericht des Aufsichtsrats über seine Tätigkeit.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
4. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1919.
5. Bekanntgabe des Berichtes über die vom Verbandsrevisor vorgenommene Revision.
6. Bestimmung des Höchstbetrages, welchen fremde Gelder nicht übersteigen dürfen.
7. Festsetzung der Grenzen, welche bei Kreditgewährung an Genossen eingehalten werden müssen.
8. Änderung der §§ 4 und 12 der Satzungen.
9. Neuwahl des Vorstandes.
10. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.
11. Auszahlung der Dividende aus vollen Geschäftsanteilen.

Der Geschäftsbericht ist zur Einsichtnahme der Mitglieder im Bankzimmer aufgelegt.

Die Mitglieder werden zu zahlreichem Erscheinen freundlichst eingeladen.

Calw, den 1. März 1920.

Der Vorstand:

H. Wagner, P. Georgii, Fr. Nonnenmacher, E. Rheinwald.

Für ein größeres kaufmännisches Büro wird ein

Fräulein gesucht,

das im Stenographieren und Maschinens Schreiben gewandt ist.

Gest. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten unter R. N. 488 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kochunterricht.

Fräulein 25 J. (aus Cöln) sucht während der Sommerferien Gelegenheit sich im Haushalt und feiner Küche auszubilden geg. Vergütung. Angebote an H. Heldegger, Pforzheim, untere Töpferstraße 19.

Jüngeres pünktliches,

Mädchen,

welches zu Hause schlafen kann, sofort oder später gesucht. Untere Marktstraße 73.

Mädchen

gesucht für besseren Haushalt, nicht unter 19 Jahren, bei hohem Lohn. Frau Emma Burghard, Pforzheim, Terrennerstr. 1.

Engelsbrand.

Ein tüchtiger, im Langholzfuhrwerk durchaus bewandelter

Knecht

kann sofort oder in 8 Tagen bei mir eintreten. Friedrich Kleite zur Traube.

Etwas Gutes

für Haare und Haarboden ist echtes **Brennessel-Haarwasser**, fer ner feinst. Birkenwasser. Zu haben b. Otto Vinçon, Col.

Eine zweiteilige, eiserne

Egge,

eine starke eiserne Egge, sowie einen

Häufelpflug

und einen **Wendepflug**, hat zu verkaufen

Martin Schwämme, Röttenbach.

Dresdner Bank

Aktienkapital und Reserven M 340 Millionen

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Statt Karten.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 13. März 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Rabischen Hof“ hier, freundlichst einzuladen.

Friedrich Hennefarth,

Sohn des Michael Hennefarth, hier.

Marie Kirchherr,

Tochter des Georg Kirchherr, Küfer, hier.

Kirchgang 1 Uhr.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 13. März 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Unterhaugstett freundlichst einzuladen.

Gottlieb Holzäpfel,

Sohn des Bernhard Holzäpfel, Bauer in Unterhaugstett.

Anna Maria Lörcher,

Tochter des Georg Lörcher, Bäcker in Altburg.

Kirchgang 1 Uhr in Unterhaugstett.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 13. März 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Traube“ in Althengstett freundlichst einzuladen.

Jakob Schwarz,

Rosa Maier.

Kirchgang 1 Uhr

Poliseusen.

Wir suchen für unsere neu einzurichtende Polierabteilung in **Nagold** 2 tüchtige unserer Filiale in **Poliseusen** auf Silberguss, die auf hohen Lohn Anspruch machen können.

Knoll & Preglzer, Schmuckwarenfabrik, Pforzheim, Göthesstrasse 16.

Wir kaufen jede Menge **Tannen-, Fichten- u. Kiefer-Rollen und -Scheiter,**

1 und 2 Meter lang und erbitten Angebote **Blank & Stoll, Calw.**



Hauen und Rärste

empfiehlt

Emil Retter, Weilderstadt.